Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5094

30. 04. 76

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 5. Mai 1976
am Donnerstag, dem 6. Mai 1976

Seite

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . . 14
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen . . . . . . 15, 18 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern . . . . 2, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz . . . . 4, 19 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen . . . . 5, 20 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft . . . . 6, 21 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten . . . . 8, 23 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung . 9, 24 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung . . . . . . 10, 25 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit . . . . 11, 26 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen . . . . 12, 27 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen . 14, 30 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie . 31 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft . 2, 33 *)
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit . . . . 2, 33 *)

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei Peter Meier, 5205 St. Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (02241) *61071
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1,
Postfach 821, Goethestraße 56, Tel. (02221) 363551

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

1. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Bahr, daß für die Vergabe von Entwicklungshilfe die „Bedürftigkeit" das einzige Kriterium sei?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in Nummer 16 der Zeitschrift Der Spiegel vom 12. April 1976 auf den Seiten 68 bis 76 geschilderte Tendenz der Rechtsprechung, die Eltern erwachsener Kinder immer stärker zur Finanzierung einer zweiten Berufsausbildung ihres Nachwuchses heranzuziehen, und gedenkt die Bundesregierung, notfalls das Bundesausbildungsförderungsgesetz zur Novellierung vorzuschlagen, um solche, im „Spiegel" geschilderten, sozialen Härten zu vermeiden?

3. Abgeordneter **Dr. Schweitzer** (SPD)

Wann ist nunmehr mit dem Beginn von Versuchen in Richtung einer Einführung besonderer Hochschulaufnahmeverfahren im Bereich der Humanmedizin im Sinne der Bestimmungen des Hochschulrahmengesetzes zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

4. Abgeordneter **Zywietz** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, und was gedenkt sie gegebenenfalls dagegen zu unternehmen, daß offensichtlich die Qualität importierten Benzins in vielen Fällen nicht den entsprechenden gesetzlichen Qualitätsnormen in der Bundesrepublik Deutschland entspricht und dadurch Wettbewerbsverzerrungen einerseits erfolgen und andererseits beachtliche Gefahren von Motorschäden für die unwissenden Verwender dieses Kraftstoffs entstehen?

5. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Welche Gründe veranlassen die Bundesregierung in der Frage, die Deutsche Nationalstiftung in Berlin einzurichten, eine zögernde Haltung einzunehmen?

6. Abgeordneter **Wohlrabe** (CDU/CSU)

Wird sich die Bundesregierung dafür einsetzen und alle erforderlichen Vorbereitungen unverzüglich treffen, daß die Deutsche Nationalstiftung ihren Sitz in Berlin haben wird?

7. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Trifft es zu, daß bei einem Seminar der Internationalen Studiengesellschaft für Politik in Interlaken mit dem angeblichen Thema Betriebsschutz und Abwehr von Betriebsspionage Ende März 1976 in Schaffhausen Angehörige der Bundeswehr und des Bundeskriminalamts mit dem Einverständnis ihrer Vorgesetzten referiert haben?

8. Abgeordneter **Dr. Sperling** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, welche Ziele die Interlakener Internationale Studiengesellschaft für Politik verfolgt und welche politischen Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland von der Gesellschaft ausgehen oder unterstützt werden?

9. Abgeordneter **Dr. Haenschke** (SPD)

Wie wird sich die Bundesregierung zu der Absicht Großbritanniens, über 1000 Tonnen schwachaktiver plutoniumhaltiger Abfälle ins Meer zu versenken, auf eine diesbezügliche britische Anfrage an die OECD-Mitgliedstaaten verhalten?

10. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Streifenboot der DDR-Streitkräfte am 10. April 1976 ein auf der Elbe fahrendes Sportboot zum Anlegen am östlichen Ufer gezwungen hat und das Boot wie Insasse mit einem Militärfahrzeug abtransportiert wurden, und wird die Bundesregierung — bejahendenfalls — diesen neuerlichen Vorfall zum Anlaß nehmen, das rechtswidrige Auftreten Ost-Berlins auf dem in ganzer Breite zum freien Teil Deutschlands gehörenden Elbabschnitt, notfalls mit Hilfe des britischen Verbündeten, ein für allemal zu unterbinden?

11. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Trifft es zu, daß auf dem in der Zeit vom 22. bis zum 25. März 1976 unter der Leitung von Herrn Prof. Lange von der Akademie für öffentliche Verwaltung des Bundesinnenministeriums in Bad Neuenahr durchgeführten Seminar für Führungskräfte der obersten Bundesbehörden über Rethorik als Führungsmittel eine Wahlkampfrede Adolf Hitlers aus dem Jahr 1932 und Goebbels Sportpalastrede den Teilnehmern als positive Rethorikbeispiele vorgestellt wurden, während Reden von Paul Löbe und Heinrich Brüning als Beispiele für schlechte Rethorik gewählt wurden, und wenn ja, wie beurteilt die Bundesregierung dies?

12. Abgeordneter **Walkhoff** (SPD)

Trifft es zu, daß Herr Prof. Lange, der Professor Rubins Methoden als Möglichkeit der Auseinandersetzung mit Radikalen bezeichnete, von der Bundesregierung dazu ausgewählt wurde, höhere Bundesbeamte mit rethorischen Mitteln zur Bekämpfung von Radikalen vertraut zu machen, und wenn ja, betrachtet die Bundesregierung dies als einen Beitrag zur Lösung des Problems der Radikalen im öffentlichen Dienst?

13. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, daß die vom oder über das Bundesverwaltungsamt an deutsche Schulen im Ausland entsandten Beamten das Wahlrecht zur Bundestagswahl ausüben können?

14. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Auftreten von Bundeskanzler Helmut Schmidt vor der Personalversammlung des Postamts in Hamburg-Bergedorf im Hinblick auf folgende Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts in einem Beschluß vom 24. Oktober 1975: „Die Personalversammlung besteht aus den Beschäftigten der Dienststelle und ist nicht öffentlich (§ 46 Abs. 1 PersVG 1955 = § 48 Abs. 1 BPersVG). Die Teilnahme anderer als der in dieser Vorschrift genannten Personen ist abschließend in § 50 PersVG 1955, jetzt § 52 BPersVG, geregelt. Diese Regelung ist zwingend und läßt Ausnahmen nicht zu. Weder der Personalrat noch die Personalversammlung können durch Beschluß anderen Personen ein Teilnahmerecht gewähren."?

15. Abgeordneter **Dr. Jenninger** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, durch entsprechende Aufklärung dafür Sorge zu tragen, daß bei zukünftigen Personalversammlungen in ihrem Verantwortungsbereich entsprechend dieser verbindlichen Rechtssprechung des Bundesverwaltungsgerichts verfahren wird und keine betriebsfremden Personen mehr zu Personalversammlungen eingeladen werden?

16. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auf dem Deckblatt der Gesetzesvorlagen einen Vermerk aufzunehmen, in dem dargelegt wird, was sich durch die Vorlage an Vereinfachungen ergibt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

17. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um Leistungsverweigerungen von Versicherungen auf Grund geringfügiger sogenannter Obliegenheitsverletzungen und oft ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Versicherten zu verhindern?

18. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Hält die Bundesregierung auf Grund der Tatsachen, daß das Versicherungsrecht weitgehend gesetzlicher Grundlagen entbehrt und damit zur exklusiven Domäne einiger oft interessengebundener spezialisierter Versicherungsanwälte geworden ist, dieses für grundsätzlich reformbedürftig, und wenn ja, wird sie eine entsprechende Initiative ergreifen?

19. Abgeordneter **Brandt (Grolsheim)** (SPD)

Welchen Stand haben die Vorbereitungen für ein Jugendstrafvollzugsgesetz, und wann ist mit einer Vorlage der Bundesregierung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

20. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Welche Kreditwünsche hat die Bundesregierung im vergangenen und in diesem Jahr mit welcher Begründung an die Deutsche Bundesbank herangetragen, und welche sind erfüllt und welche abgelehnt worden?

21. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)** (CDU/CSU)

Entspricht es den Tatsachen, daß Hauptzollämter bei Hinterlegung von Bundesschatzbriefen als Sicherheitsleistung bei Zahlungsaufschub für die Branntweinsteuer nur 80% des Nennwerts als Sicherheit anerkennen, und hält die Bundesregierung eine derartige Übung für angemessen, nachdem der besondere Vorteil der Bundesschatzbriefe gerade darin liegt, daß keine Kursverluste eintreten?

22. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei den britischen Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland einige tausend zivile Arbeitnehmer aus finanziellen Einsparungsgründen der britischen Regierung entlassen werden sollen, und wenn ja, ist sie dagegen vorstellig geworden?

23. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, nach denen der Bundeskanzler beim letzten Besuch in London mit dem britischen Premierminister übereinkam, sich in verstärktem Maß dafür einzusetzen, Arbeitsplätze für ältere arbeitslose Beschäftigte zu schaffen, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, dies bei den britischen Stationierungsstreitkräften in der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen?

24. Abgeordneter **Dr. Weber (Köln)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die steuerlich absetzbare Kilometerpauschale von 0,18 DM/km angesichts der Kostensteigerung im Automobilbereich noch für ausreichend, und wenn nein, ist die Bundesregierung bereit, entsprechend den gestiegenen Kosten Änderungen hinsichtlich der Höhe der Kilometerpauschale vorzunehmen?

25. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Welches waren die Gründe dafür, daß entgegen einer mir erteilten Antwort des Bundesfinanzministeriums vom 11. März 1976 auf meine Schriftliche Anfrage vom 3. März 1976 bezüglich der sogenannten Butterfahrten im Ems-Dollart-Gebiet die zum 1. April 1976 angekündigten Änderungen der allgemeinen Zollordnung nicht in Kraft gesetzt worden sind?

26. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Welchen Standpunkt vertritt die Bundesregierung nunmehr in dieser Angelegenheit, und wann ist mit einer Lösung der sich aus diesen Einkaufsfahrten ergebenden Probleme zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

27. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Besteht ein Einkommensgefälle zwischen den Arbeitnehmereinkommen in den strukturschwachen Gebieten, insbesondere im ostbayerischen Zonenrandgebiet und den im übrigen Bundesgebiet, und wenn ja, sieht die Bundesregierung in der Gewährung eines Einkommensausgleichs ähnlich dem, der den Berliner Arbeitnehmern gewährt wird, einen vernünftigen Weg, solche Unterschiede zu beseitigen?

28. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß durch Verordnung vom 31. März 1976 die Preise für Streichhölzer um 7,8% heraufgesetzt worden sind, obwohl die letzte Erhöhung erst im Februar 1974 erfolgte, und wie hoch sind die Steigerungssätze seit 1970 bei den übrigen administrierten Preisen, die die Bundesregierung bestimmt bzw. auf die sie Einfluß hat?

29. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Aus welchen Gründen wurden für den Bereich der Textilwirtschaft seit Erlaß der vier Ausbildungsordnungen im Jahr 1971 keine weiteren Ausbildungsordnungen nach dem Berufsbildungsgesetz erlassen, obwohl von der Textilindustrie Vorschläge für weitere Ausbildungsordnungen vorbereitet wurden?

30. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Bis wann werden voraussichtlich ländereinheitliche Berufsschulrahmenlehrpläne zu den genannten Ausbildungsordnungen von 1971 vorliegen?

31. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Erkenntnissen der Wachstumsdiskussion der letzten Jahre in Wissenschaft und Öffentlichkeit, insbesondere hinsichtlich der nicht zu bestreitenden Tatsache, daß eine Anzahl von Rohstoffen, die für eine moderne Industriegesellschaft von größter Bedeutung sind, rapide und unwiederbringlich zur Neige gehen, ohne daß sich auch nur im entferntesten genügende Ersatzmöglichkeiten abzeichnen?

32. Abgeordneter **Dr. Klein (Stolberg)** (CDU/CSU)

Welche Auffassung hat die Bundesregierung von ihrer eigenen Verantwortung hinsichtlich der langfristigen wirtschaftlichen Perspektiven, insbesondere vor dem Hintergrund der wachsenden Kritik, daß staatliche Wirtschaftspolitik sich in kurzfristiger Konjunktur- und mittelfristiger Strukturpolitik erschöpfe und die Augen vor den zu erwartenden tiefgreifenden Änderungen der wirtschaftlichen Voraussetzungen in den nächsten Jahrzehnten verschließe?

33. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche medizinischen Gesellschaften und welche Ärztevereinigungen — national wie international — haben sich wann und mit welcher Begründung gegen die Einführung der neuen Maßeinheiten ausgesprochen, und welche Gründe im einzelnen waren für die Bundesregierung maßgebend, diesen Gegenvorstellungen nicht zu folgen?

34. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die entsprechende EG-Richtlinie, auf die sich die Bundesregierung jetzt beruft, nur die Beseitigung von Handelshemmnissen zum Ziel hatte und daß die Verabschiedung dieser Richtlinie von der Bundesregierung maßgeblich gefördert worden ist, ohne auf die besonderen Belange von Medizin und Ärzteschaft Rücksicht zu nehmen?

35. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die jüngsten konzertierten Preiserhöhungen der Automobilbranche durch das Bundeskartellamt auf mögliche Preisabsprachen untersuchen zu lassen?

36. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Sind nach Ansicht der Bundesregierung bei dem Bundeskartellamt für solche umfangreichen Untersuchungen die personellen Voraussetzungen gegeben?

37. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die Zinshöhe der ERP-Kredite unter Beachtung des allgemeinen Zinsniveaus zu überprüfen und die Zinssätze weiter zu senken?

38. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Verstößt das Angebot von „großen Rhodesien-Rundfahrten" und von Reisen nach Südafrika und Rhodesien der Reisegesellschaft „Karawane-Studienreisen" für den Sommer 1976 gegen die gesetzlich festgelegten Boykottbestimmungen gegenüber Rhodesien, auch wenn die laut Prospekt erhobenen Reisekosten an die United Touring Company in Blanteyre, Malawi, gezahlt werden, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

39. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

In welchem Umfang sind die Staatshandelsländer des Ostblocks gegenüber der Bundesrepublik Deutschland verschuldet, und wie sollen diese Schulden ausgeglichen werden?

40. Abgeordneter **van Delden** (CDU/CSU)

Was ist der Grund dafür, daß die Bundesregierung noch keine Verordnung verabschiedet hat, die die wenig aussagekräftige Statistik des Warenverkehrs mit der DDR der Informationsbreite der Außenhandelsstatistik anpaßt?

41. Abgeordneter **Höcherl** (CDU/CSU)

Würde die Bundesregierung nach den bisherigen Erfahrungen die Fusion Veba-Gelsenberg ein zweites Mal durchsetzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

42. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Hält die Bundesregierung die gegenwärtig praktizierte Batteriehaltung von Legehennen für vereinbar mit den §§ 1 und 2 des Tierschutzgesetzes vom 24. Juli 1972, und wenn nein, wird sie dies bei der Fassung einer Rechtsverordnung nach § 13 des Tierschutzgesetzes berücksichtigen?

43. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wann ist mit einer Rechtsverordnung nach § 13 des Tierschutzgesetzes zu rechnen, in der die Mindestanforderungen für solche Haltungssysteme festgelegt werden?

44. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung, ähnlich wie die Deutsche Bundesbank, der Meinung, daß die deutsche Landwirtschaft als einzige Gruppe sich nicht konjunkturgerecht verhält und durch außerordentliche Preissteigerungen die Inflation anheizt?

45. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Veröffentlichung der Landwirtschaftskammer Münster (Notiz im Bonner General-Anzeiger vom 23. April 1976) bekannt, nach der aus den Niederlanden importierte Salatköpfe in den Monaten Januar und Februar 1976 unzulässig hohe Rückstände an Quintozen (Antifäulnismittel) aufweisen, und welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Verwendung von Quintozen aus gesundheitspolitischen Gründen verboten ist, den Import solcher gesundheitsschädigender Salatköpfe zu verhindern?

46. Abgeordneter **Müller (Schweinfurt)** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, die deutschen Produzenten vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen, die dadurch entstehen, daß ihre Produktionsverluste erheblich höher als bei den niederländischen Kollegen sind, weil Quintozen in der Bundesrepublik Deutschland nicht verwendet werden darf?

47. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die Kosten, die die Verbraucher für die Agrarpolitik zu zahlen haben, und erreicht die Gesamtsumme dieser Kosten 30 Milliarden DM, wie der Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels verbreitet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

48. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Wehrpflichtige, die im Vertrauen auf Berufsförderung in der Bundeswehr und anschließende Förderung beruflicher Fortbildung — z. B. zum Elektrotechniker — sich als Zeitsoldaten verpflichteten, nunmehr dadurch benachteiligt werden können, daß durch die Änderung des § 46 des Arbeitsförderungsgesetzes durch das Haushaltsstrukturgesetz vom 18. Dezember 1975 die als Zeitsoldat im Gegensatz zu der als Wehrpflichtiger bei der Bundeswehr verbrachten Zeit nicht mehr einer versicherungspflichtigen Tätigkeit im Sinne des § 46 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes gleichgestellt wird?

49. Abgeordneter **Dr. Schäuble** (CDU/CSU)

Wie rechtfertigt die Bundesregierung gegebenenfalls, daß dadurch jungen Menschen die Entscheidung, sich als Zeitsoldat zu verpflichten, die sie im Vertrauen auf zur Zeit dieser Entscheidung geltende Gesetze und auf Anraten der Bundeswehrverwaltung getroffen haben, nachträglich bei der beruflichen Fortbildung schwere Nachteile bringen kann?

50. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

In welcher Weise wird die Bundesregierung darauf achten, daß bei der Neueinteilung der Bezirke der Arbeitsämter, die auf Grund der kommunalen Neugliederung erfolgt, § 189 Abs. 3 des Arbeitsförderungsgesetzes in der Fassung vom 25. Juni 1975 Beachtung findet, in dem es u. a. heißt, daß bei der Abgrenzung der Bezirke wirtschaftliche Zusammenhänge zu berücksichtigen sind?

51. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele Bundesbürger im Rentenalter sich entscheiden, ihren Lebensabend bei Verwandten in der DDR zu verbringen, also in die DDR umzusiedeln, und wie ist in solchen Fällen die Rentenversorgung geregelt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

52. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung, auf die Sparvorschläge des Deutschen Bundeswehrverbands zu reagieren?

53. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Enthalten die Sparvorschläge des Deutschen Bundeswehrverbands neue Gesichtspunkte, oder handelt es sich um schon bekannte Problembereiche?

54. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus der Teilnahme eines Hauptmanns der Bundeswehr in Uniform an einem Treffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS im bayerischen Sonthofen, bei dem einem früheren Unteroffizier nachträglich ein Ritterkreuz überreicht wurde, ziehen?

55. Abgeordneter **Schinzel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß das Treffen in einem Soldatenheim stattfand, zu dessen Kuratorium auch Vertreter der Bundeswehr gehören?

56. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Aufklärungsflugzeuge vermutlich von Luftstreitkräften des Warschauer Pakts unter Verletzung des Luftraums von NATO-Staaten Erkundungsflüge über Westeuropa betreiben, wie die Tageszeitung „Die Welt" vom 14. April 1976 verlautbarte?

57. Abgeordneter **Haase (Kassel)** (CDU/CSU)

Liegen der Bundesregierung Hinweise deutscher bzw. befreundeter Luftverteidigungseinrichtungen vor, die ihr Erkenntnisse über die von Patrouilleflugzeugen der Warschauer Paktstaaten im Luftraum der Bundesrepublik Deutschland bewirkten Initiativen vermitteln?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

58. Abgeordnete **Frau Dr. Wolf** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Empfehlung 779 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über die Rechte der Kranken und Sterbenden Expertenkommissionen zur Erarbeitung der in Nummer 10, II bezeichneten Richtlinie für die medizinischen Berufe und zur Bearbeitung von Beschwerden gemäß Nummer 10, III einzuberufen?

59. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Sind die Absolventen des nach der Approbationsordnung für Ärzte vom 28. Oktober 1970 ab 1. Oktober 1976 beginnenden „praktischen Jahres" gegen die bei ihrer praktischen Tätigkeit in der Klinik gegenüber anderen Studiengängen erheblich größeren Risiken, z. B. Infektionen, entsprechend abgesichert, und wenn nein, wird die Bundesregierung entsprechende Maßnahmen ergreifen?

60. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wird für die Absolventen des „praktischen Jahres" ein Nachteil gegenüber den bisherigen Medizinalassistenten dadurch entstehen, daß sie zwischen der Ablegung des dritten Abschnitts der ärztlichen Prüfung und der Erteilung der Approbation eine Wartezeit für die Feststellung des Prüfungsergebnisses und die Bearbeitung des Antrags auf Approbation hinnehmen müssen, in der sie noch nicht zur Ausübung ihres Berufs berechtigt sein werden, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen tun?

61. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, die in der Sendung des 1. Programms des Deutschen Fernsehens „Schrei leise, sonst hören Dich die Nachbarn" vom 27. April 1976 veröffentlichten Mißhandlungen an Ehefrauen durch ihre Männer zum Anlaß zu nehmen, über das Problem der Gewalt und der Mißhandlung von Müttern und Kindern eine wissenschaftliche Untersuchung anzuregen und zu fördern?

62. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Initiativen von Frauen und Institutionen zur Schaffung von Zufluchtstätten für mißhandelte Frauen und Kinder — beispielsweise durch Finanzierung und Übernahme modellhafter Projekte — zu fördern?

63. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Welche Größenordnung erreicht nach Auffassung der Bundesregierung die Zahl der ehelichen Brutalitätsdelikte gegenüber Frauen, und ist sie willens, eine genauere Untersuchung der Tatbestände zu veranlassen?

64. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

In welcher Weise wird die Bundesregierung Maßnahmen veranlassen, die geeignet sind, den durch eheliche Brutalitätsdelikte geschädigten Frauen nachhaltig zu helfen, und wird sie dabei Erfahrungen in anderen europäischen Ländern berücksichtigen?

65. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefährdung der Umwelt bei der zufälligen Beschädigung eines atomgetriebenen Herzschrittmachers, und hält sie die gegenwärtigen Kontrollmaßnahmen für ausreichend?

66. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, ähnlich wie bei Konservierungsstoffen, für Verpackungsmaterialien, die Vinylchlorid enthalten, eine allgemeine Kennzeichnungspflicht einzuführen, um den Verbraucher auf den Zusatz von Vinylchlorid hinzuweisen?

67. Abgeordneter **Amling** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Anhaltspunkte darüber vor, daß die chemische Substanz Vinylchlorid langfristig krebserregend wirken kann?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

68. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Welche Vorsorge hat die Bundesregierung getroffen, damit der Rechts- und Sozialstatus des von der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost für die neuen Regionalgesellschaften abgestellten Personals voll gewahrt bleibt?

69. Abgeordneter **Dr. Bußmann** (SPD)

Wie gedenkt die Bundesregierung, den rechtlichen und materiellen Besitzstand der Bediensteten der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost nach erfolgreichem Abschluß des Versuchszeitraums zu sichern, der den neuen Regionalgesellschaften im Busdienst vorgegeben wurde?

70. Abgeordneter **Dr. Riedl (München)** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, die deutsche Verkehrswirtschaft sei aus dem bilateralen Verkehr mit den östlichen Staatshandelsländern schon nahezu verdrängt, die überdies verstärkt versuchten, in die westeuropäischen Verkehrsmärkte einzudringen, und wird die Bundesregierung — bejahendenfalls — alle gesetzlichen Handhaben voll ausschöpfen bzw. ergänzende den gesetzgebenden Körperschaften vorschlagen, um ausgewogene Verhältnisse zu erhalten bzw. wiederherzustellen?

71. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Trifft es zu, daß auf Vorschlag des Staatssekretärsausschusses in sieben Testgebieten der Bundesrepublik Deutschland eine Kostennutzenanalyse durchgeführt werden soll für ein Modell, bei dem der Personenverkehr auf die Straße verlagert wird, während der Güterverkehr auf der Schiene bleibt, und um welche Bundesbahnstrecken handelt es sich hierbei?

72. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung im Hinblick auf eine Einreise von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in die DDR mit dem Motorrad unternommen, nachdem im Vertrag über Fragen des Verkehrs vom 26. Mai 1972 die Begriffe „Kraftfahrzeug" und „Fahrzeug" verwendet werden, jedoch in der Anordnung über Einreisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in die DDR vom 17. Oktober 1972 von seiten der DDR nur eine Einreise mit dem Pkw vorgesehen ist und somit für alle Motorradfahrer aus der Bundesrepublik Deutschland eine Einreise in die DDR unmöglich ist?

73. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Welche Kosten sind dem Kraftfahrzeugbundesamt durch die Auswertung der Anmeldeunterlagen und die Weitergabe der Daten über die Zulassung oder Ummeldung von Kraftfahrzeugen an Adressenverlage zu deren verlegerischer Auswertung seit Beginn dieser Praxis entstanden, und welche Einnahmen aus dieser Adressenweitergabe hat das Kraftfahrzeugbundesamt bisher in seinen Haushaltsplänen ausgewiesen?

74. Abgeordneter **Dr. Dübber** (SPD)

Mit welcher Begründung räumt die Deutsche Bundespost Zeitungsunternehmen hinsichtlich der Gebühren für Fernschreibstandleitungen Pressepräferenzen ein, freien Journalisten neuerdings hingegen keine mehr, und ist die Bundesregierung nicht der Auffassung, daß dies eine wirtschaftliche Benachteiligung freier Journalisten darstellt, die zurückgenommen werden muß?

75. Abgeordneter **Tillmann** (CDU/CSU)

Treffen die in der Tagespresse geäußerten Vermutungen zu, daß die Olympiamarken und die Jugendmarken bewußt am gleichen Tag der Öffentlichkeit angeboten wurden und damit durch die Ähnlichkeit der Olympiamarken mit den Jugendmarken (deren Motto Jugend trainiert für Olympia lautet) der vom Bundesminister Gscheidle ohnehin erst nach langem Zögern übernommene Vertrieb absichtlich erschwert wurde und daß aus ebendemselben Grund vielerorts bereits am Nachmittag des Ersttags keine Olympiablocks an den Schaltern mehr zu erhalten waren?

76. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost verschiedenen Fernmeldeämtern, z. B. auch dem im Zonenrand gelegenen Fernmeldeamt Weiden, zum 1. September 1976 für die Einstellung von Auszubildenden keine Quote zugewiesen hat?
77. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, bei der bevorstehenden Änderung der Fernsprechzonen insbesondere in den dünnbesiedelten Gebieten des Zonenrands die neuen Verwaltungsbezirksgrenzen mit zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

78. Abgeordneter **Reddemann** (CDU/CSU)	Mit welcher konkreten Zielsetzung wird die vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen getragene Großausstellung zehn Jahre aktive Deutschlandpolitik durchgeführt?
79. Abgeordneter **Kunz (Berlin)** (CDU/CSU)	Ist beabsichtigt, die Großausstellung zehn Jahre Deutschlandpolitik, die in vielen deutschen Groß- und Mittelstädten bis zum 31. Oktober dieses Jahrs gezeigt wird, auch in Berlin zu zeigen und wenn nicht, aus welchen Gründen?
80. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)	Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zahl der seit Inkrafttreten des Grundvertrags durch Tötungsautomaten, auf Grund des Schießbefehls oder durch Minen ums Leben gekommenen/verletzten Personen an der innerdeutschen Grenze von Lübeck bis Hof bzw. im Raum Berlin?
81. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)	Welches Ergebnis haben die angekündigten Überlegungen der Bundesregierung gehabt, für Lastkraftwagen aus der DDR Straßenbenutzungsgebühren auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland zu erheben, und wann ist mit einer Entscheidung in dieser Frage zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

82. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)	Stellen die Äußerungen von Bundeswirtschaftsminister Dr. Friderichs zur Forschungspolitik vor dem Verein Deutscher Ingenieure den Beginn einer neuen forschungspolitischen Konzeption der Bundesregierung dar?

83. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Kompetenzen zwischen Bundeswirtschaftsminister und Bundesforschungsminister neu abzugrenzen, und welche Rolle verbleibt dann dem Bundesforschungsminister?

84. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundeskanzler die Weisung erteilt hat, das amtliche Bulletin vom 20. April 1976 ausschließlich mit dem Wortlaut der „Fernsehdiskussion" (15. April 1976) und der interpretierenden Erklärung von Staatssekretär Bölling zu füllen, und — wenn ja — versteht die Bundesregierung dies als angemessene Antwort des Bundeskanzlers auf die Demarche des italienischen und französischen Botschafters gegen Äußerungen des Bundeskanzlers?

85. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie läßt es sich vereinbaren, daß die Bundesregierung zwar einerseits die Wochenschauen nicht mehr zu subventionieren beabsichtigt, aber andererseits noch kein eigenes Konzept vorlegen kann, wie die Bundesrepublik Deutschland zukünftig auf dem ausländischen Markt vertreten sein wird, weshalb die Gefahr besteht, daß für Deutschland allein „Der Augenzeuge" der DDR präsent sein wird?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

86. Abgeordneter **Dr. Marx** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß nicht nur der italienische, sondern auch der französische Botschafter „während sich der Kanzler am Brahmsee über Ostern von seinem europäischen Rundschlag erholte" (Der Spiegel vom 26. April 1976) im Bundeskanzleramt vorstellig geworden ist, um das Befremden seiner Regierung zu „Protokoll" zu geben?

87. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß Ungarn, wie der Traberweltverband angibt, auf den Start bei den Europameisterschaften am 16. April 1976 in Berlin aus eindeutig politischen Gründen auf die Teilnahme verzichtete, und wie beurteilt die Bundesregierung — bejahendenfalls — derartig sich häufende Versuche, Berlin nach der sowjetischen Theorie von der besonderen politischen Einheit zu isolieren?

88. Abgeordneter **Roser** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung etwa die Auffassung, das Verfahren zur Entsendung Berliner Abgeordneter in das Europäische Parlament könne nicht die Direktwahl sein, und was hat anderenfalls die Bundesregierung bisher unternommen, um die weder nach den Vorbehaltsrechten der drei Schutzmächte noch nach dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin verbotene unmittelbare Wahl zu verwirklichen?

89. Abgeordneter **Gerlach (Obernau)** (CDU/CSU)

Wie haben die drei westlichen Schutzmächte auf sowjetische Behauptungen reagiert, ihnen stünden in Berlin nur „Verwaltungsrechte", nicht aber „irgendwelche souveränen Hoheitsrechte" zu, und in denen sie die Westsektoren durch den Gebrauch des Worts „einschließlich" zum Bestandteil der „ehemaligen Sowjetzone" erklären, und welche Kontakte haben darüber zwischen der deutschen und alliierten Seite mit welchem Ergebnis stattgefunden?

90. Abgeordneter **Dr. Fuchs** (CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, das durch Zuwendungen der UNESCO unterhaltene Internationale Theaterinstitut habe auf sowjetischen Druck hin die Veröffentlichung eines Artikels von Eugène Ionesco in der internationalen Zeitschrift der Organisation unterbunden, und wie hat — bejahendenfalls — die Bundesregierung der UNESCO gegenüber darauf reagiert?

91. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß aussiedlungswillige Deutsche in Rumänien neuerdings in zunehmendem Maße zu den örtlichen Behörden zitiert und unter Pressionen (z. B. Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes) sowie Beschimpfungen der bereits in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Familienangehörigen veranlaßt werden, vom Ausreisebegehren umgehend Abstand zu nehmen, und ist sie bereit, unter Berufung auf die Schlußakte der KSZE mit der rumänischen Regierung Gespräche darüber zu führen?

92. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hat der Bundeskanzler mit seinen an Ostern im Fernsehen getanen Äußerungen, in einem seit dreißig Jahren von Christdemokraten regierten Land seien die sozialen Verhältnisse nicht in Ordnung und deswegen sei die kommunistische Partei dort von Gewicht, sich auf unser Nachbarland Italien bezogen, oder welches andere Land hat er verneinendenfalls gemeint?

93. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung pauschale Äußerungen wie die des Bundeskanzlers über Nachbarländer der Bundesrepublik Deutschland für hilfreiche Beiträge zur guten Nachbarschaft und zur Verbesserung des deutschen Ansehens im Ausland, oder wie beurteilt sie diese Äußerungen sonst?

94. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und in welcher Größenordnung Umsiedler für Schulbesuch und Studium eine Ablösungssumme an den polnischen Staat zu zahlen haben, und hält sie, falls dies zutrifft, solche Praktiken mit dem Inhalt und dem Geist der abgeschlossenen Verträge und dem Abkommen von Helsinki für vereinbar?

95. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Hat die Zuversichtlichkeit des Bundesaußenministers, wonach in Fragen der Ausreise Deutscher aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße die Zusammenarbeit zwischen den Regierungen und den Botschaften der Bundesrepublik Deutschland und Polens sich weiter entwickeln wird (Brief vom 9. März 1976 in der letzten Fassung), inzwischen dazu geführt, daß deutsche diplomatische Interventionen im Rahmen der Schutzpflicht jederzeit und zahlenmäßig unbeschränkt entgegengenommen und in angemessener Frist positiv beantwortet werden, oder bleibt die Entgegennahme polnischerseits weiterhin zeitlich und zahlenmäßig beschränkt sowie lange Zeit oder überhaupt unbeantwortet?

96. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)

Welchen Anteil an den im ersten Quartal 1976 auf die Länder verteilten Aussiedlern aus den Oder-Neiße-Gebieten und Polen machen jene Aussiedler insgesamt aus, die als Frührentner, Rentner und von ihnen abhängige Familienangehörige in die Bundesrepublik Deutschland kamen?

97. Abgeordneter
Dr. Wittmann (München)
(CDU/CSU)

Ist es den Goethe-Instituten untersagt, und gegebenenfalls von wem, in ihr Vortragsprogramm Veranstaltungen über die Ost-West-Beziehungen und die Situation in den Ostblockstaaten, insbesondere der „DDR", aufzunehmen?

98. Abgeordneter
Windelen
(CDU/CSU)

Sind im Deutschlandvertrag Vereinbarungen getroffen worden, die nicht bindend sind, und Vereinbarungen über die Wiedervereinigung Deutschlands getroffen worden, die weder Hand noch Fuß hatten, wie vor einiger Zeit im Bundestag erklärt wurde?

99. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)

Wie läßt sich die Tatsache, daß Bundeskanzler Schmidt US-Außenminister Kissinger wegen dessen Warnungen vor kommunistischer Regierungsbeteiligung in NATO-Staaten aufgefordert hat, „ein bisschen zurückhaltend zu sein in der Beurteilung innerpolitischer Vorgänge anderer Staaten", vereinbaren mit der Kritik des Bundeskanzlers, die er in derselben Fernsehsendung am 15. April 1976 an der christdemokratischen Regierung Italiens geübt hat?

100. Abgeordneter
Engelsberger
(CDU/CSU)

Muß aus der im Fernsehen geübten Kritik des Bundeskanzlers an den italienischen Christdemokraten der Schluß gezogen werden, daß die Bundesregierung die derzeitige Opposition für unfähig hält, insbesondere soziale Aufgaben zu lösen, und womit läßt sich bejahendenfalls ein solcher Vorwurf rechtfertigen angesichts der unbestreitbaren Erfolge der von CDU/CSU geführten Bundesregierungen gerade auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in den Jahren 1949 bis 1969?

B. Schriftliche Anfragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

1. Abgeordneter **Graf Stauffenberg** (CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat es die Bundesregierung unterlassen, in der Veröffentlichung über den Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über Renten- und Unfallversicherung im Bulletin Nr. 34 vom 26. März 1976 den Brief des Bundesaußenministers an den polnischen Außenminister vom 9. März 1976 in der Fassung vom 11. März 1976 zu veröffentlichen, obwohl das Antwortschreiben des Außenministers der Volksrepublik Polen an den Bundesaußenminister vom 15. März 1976 enthalten ist, und ist die Bundesregierung bereit, den gesamten Briefwechsel im Bulletin abzudrucken?

2. Abgeordneter **Hösl** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß 60 000 Deutsche in Rumänien ihre Ausreise in den freien Teil Deutschlands oder nach Österreich beantragt haben, und innerhalb welchen Zeitraums ist — bejahendenfalls — anhand der bisherigen rumänischen Genehmigungspraxis und begründeter Erwartungen mit der Ausreise dieser Deutschen zu rechnen?

3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, mit Nachdruck dafür einzutreten, daß den Bürgern in West-Berlin das Recht zur Direktwahl des Europäischen Parlaments gewährt wird, zumal Berlin nach den Römischen Verträgen eindeutig zum Geltungsbereich der Europäischen Gemeinschaft gehört?

4. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die für 1976 vorgesehene Entsendung eines Mitarbeiters für die „pädagogische Verbindungsarbeit" beim Goethe-Institut in San Francisco möglichst frühzeitig erfolgt, damit dieser Mitarbeiter zum Schuljahresbeginn einsatzbereit ist?

5. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die in dem Artikel „Der Mensch und die Zentrale" erhobenen Vorwürfe in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. März 1976 im Interesse der deutschen Kulturarbeit sachgerecht klarzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

6. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Beharrt die Bundesregierung weiterhin auf ihrem Standpunkt, die Beamten der Bahnpolizei und des Fahndungsdienstes der Deutschen Bundesbahn nicht in das Bundespolizeibeamtengesetz einzubeziehen, obwohl rechtliche Hindernisse nicht entgegenstehen?

7. Abgeordneter **Röhner** (CDU/CSU)

Welche gesetzlichen Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, auch den Fahndungsbeamten der Deutschen Bundesbahn die Polizeizulage zu gewähren?

8. Abgeordneter **Lenders** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Leasing-Gesellschaften zur Finanzierung von Kernkraftwerken einer atomrechtlichen Genehmigung bedürfen und außerdem ihren Sitz im Inland haben müßten, und welche geeigneten Schritte unternimmt die Bundesregierung gegebenenfalls, um dies sicherzustellen?

9. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß über Ost-Berlin zahlreiche Palästinenser und Araber illegal nach West-Berlin kommen und dort dann bis zur Entscheidung über ihre Asylersuchen von Fürsorgeunterstützung leben, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um dies zu verhindern?

10. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach sich der portugiesische ehemalige General Spinola Ende März in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten haben soll, um über illegale Waffenkäufe für einen gewaltsamen Rechtsputsch in Portugal zu verhandeln, welche Kenntnis hatte die Bundesregierung aus eigenen Quellen davon, und wird sie im Fall der Richtigkeit dieser Berichte dem ehemaligen General Spinola und seinen Mitverschwörern die nochmalige Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigern?

11. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wie haben sich die Zahlen der bekanntgewordenen Diebstähle an Kunstgegenständen in der Bundesrepublik Deutschland in den letzten zehn Jahren entwickelt, und welchen Anteil haben daran jeweils die Diebstähle an Gegenständen sakraler und kirchlicher Kunst?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

12. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß ein Frankfurter Gericht die Strafrahmen der Rauschmitteldelikte in der Auslegung durch die höchstrichterliche Rechtsprechung als unzureichend bezeichnet hat, und wird die Bundesregierung — bejahendenfalls — den gesetzgebenden Körperschaften Entwürfe vorlegen, die eine angemessene Bestrafung des illegalen Rauschmittelhandels ermöglichen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

13. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Wie hoch sind die Verluste der Pfalz-Bank Kaiserslautern, und ist es richtig, daß durch das verspätete Eingreifen des Bundesaufsichtsamts für das Kreditwesen die Verluste sich in wenigen Wochen noch sehr stark erhöht haben?

14. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, die Richtlinien zur Gewährung von Beihilfen zur Überwindung von Schäden aus Anlaß der Sturmfluten im Januar 1976 dahin gehend zu verbessern, daß die entstandenen Hausratschäden aus den Sturmflutkatastrophen vom 3./4. Januar 1976 und 20./21. Januar 1976 höher und gerechter entschädigt werden können?

15. Abgeordneter **Dreyer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung mit mir der Ansicht, daß die Anwendung der Flutschadensbeihilfe-Richtlinien auf dem Gebiet der Schäden an Wohngebäuden und gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben bei der Schadensregulierung zu ausgesprochenen Härten führt und die entstandenen Schäden keineswegs ausreichend reguliert werden, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

16. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der ausgeschiedene Vorstandsvorsitzende der Hessischen Landesbank, Prof. Hankel, aus Mitteln eines Forschungsetats der Europäischen Gemeinschaft Zuwendungen empfängt, und somit auch mittelbar durch die Bundesregierung finanziert wird?

17. Abgeordnete **Frau Benedix** (CDU/CSU)

Trifft es ferner zu, daß sein Lehrstuhl auch unmittelbar aus Mitteln der Bundesregierung finanziert wird?

18. Abgeordneter **Dr. Dollinger** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung in den Entwurf für den Bundeshaushalt 1977 die Beträge einsetzen, mit denen der Deutschen Bundesbank die Verluste ersetzt werden können, die sie durch den zinslosen Swing im Interzonenhandel erleidet, der von Ost-Berlin ständig einseitig und bis zur äußersten Grenze als Dauerkredit in Anspruch genommen wird, und welche Gründe sind für die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage maßgebend?

19. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei uneingeschränkter Anwendung des § 3 des Zonenrandförderungsgesetzes in zunehmendem Maß im Zonenrandgebiet vorhandene Unternehmen mit guter Ertrags- und Vermögenslage Standortverlagerungen ihrer Produktion vornehmen, weil entsprechende Steueranreize

und höhere Gewinnerwartungen zum Verbleib am bisherigen Standort fehlen und somit eine negative Auslese von Unternehmen bewirkt wird, und ist die Bundesregierung bereit, auf der Grundlage der gegenwärtigen Gesetzeslage durch eine restriktive Auslegung des § 3 Abs. 4 des Zonenrandförderungsgesetzes die sogenannte Prosperitätsklausel auf äußerst seltene Ausnahmefälle zu beschränken bzw. durch eine entsprechende Gesetzesänderung die nachteiligen Auswirkungen der jetzigen Gesetzesfassung aufzuheben oder einzugrenzen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

20. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich innerhalb der EG für ein Gemeinschaftsprogramm der Forschung und Entwicklung im Bereich der Rohstoffe einzusetzen?

21. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wie es technisch und wirtschaftlich um einige wichtige Primärrohstoffe — Phosphate, Aluminium, Kupfer, Blei und Zink — bestellt ist, und kann sie mitteilen, wie es um die Versorgungssituation bzw. die Versorgungsaussichten steht?

22. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung das zwischen den vier EG-Ländern (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien) und den USA und Japan geschlossene Abkommen über die Exportkredite?

23. Abgeordneter **Dr. Schwörer** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Abkommen außerhalb jedes gemeinschaftlichen Verfahrens zustande kam, ohne daß die Mitgliedstaaten, die nicht an der Konferenz von Rambouilet teilgenommen hatten, und die EG-Kommission davon in Kenntnis gesetzt wurden, und wenn ja, hält die Bundesregierung das Verfahren für angebracht?

24. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Auf Grund welchen Tatbestands im einzelnen hat die Kommission der Europäischen Gemeinschaften ein Verfahren nach Artikel 169 des EWG-Vertrags gegen die Bundesregierung wegen Nichterfüllung ihrer Erdölbevorratungspflichten eingeleitet?

25. Abgeordneter **Dr. Narjes** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung diesen Verpflichtungen nachzukommen?

26. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß die Landkreise Germersheim und Landau-Bad Bergzabern trotz weit über dem Bundesdurchschnitt liegender Arbeitslosigkeit nach den zur Zeit gültigen Richtlinien nicht in die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung" aufgenommen werden konnten?

27. Abgeordneter **Leicht** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Richtlinie für die Aufnahme in die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung" den gegebenen Umständen angepaßt und eine Überprüfung der geförderten Gebiete auf Zweckmäßigkeit und Dringlichkeit der Förderung hin vorgenommen werden sollte?

28. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Wie hat sich während der letzten zwei Jahre im Metallverarbeitungssektor zum einen das Volumen an Bietungs-, Ausführungs-, Teilzahlungs- und Garantiebürgschaften und zum anderen die Gewährleistungszeit (z. B. von zwei Jahren nach VOB über fünf auf zehn Jahre) in der Wirtschaft und bei öffentlichen Aufträgen entwickelt?

29. Abgeordneter **Dr. Wernitz** (SPD)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, den sich hier abzeichnenden Tendenzen zu einer weiteren Verschärfung der Liquiditätsprobleme im Metallverarbeitungssektor durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken?

30. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist es richtig, daß auf Grund des Gesetzes über eine Zählung im Handel sowie im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (Handelszählungsgesetz 1968) vom 1. April 1968 (BGBl. I S. 241) vom Statistischen Bundesamt im Jahr 1970 eine ergänzende Repräsentativerhebung über die Vermögens- und Kapitalstrukturen bei annähernd 90 000 angewählten Unternehmen des Groß- und Einzelhandels durchgeführt bzw. veranlaßt wurde, obwohl zu diesem Zeitpunkt ihre Auswertbarkeit trotz zur Verfügung stehender ausreichender Haushaltsmittel noch nicht sicher war, und daß die von den Unternehmen wegen der vielfach im Befragungszeitpunkt noch nicht zur Verfügung stehenden Bilanzdaten nur unter beträchtlichem Aufwand erstellten Angaben bis heute noch nicht ausgewertet wurden?

31. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wenn ja, welches sind die Gründe dafür, und was wird die Bundesregierung unternehmen, damit die unter dem Druck von Bußgeldandrohungen beschafften und mit sicher nicht unbeträchtlichem Verwaltungsaufwand geprüften Umfrageergebnisse nicht sinnlos werden?

32. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Welche gesamtwirtschaftliche und wettbewerbspolitische Bedeutung mißt die Bundesregierung dem sogenannten Kaufscheinhandel bei, und wie beurteilt sie die Entwicklungsaussichten dieses Vertriebssystems?

33. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um gegebenenfalls auftretende diskriminierende Effekte gegenüber bestimmten Nachfragern zu unterbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

34. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Tollwut — seit Einstellung der Vergasung von Fuchsbauten — auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausgebreitet?

35. Abgeordneter **Picard** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Schutz der Menschen Vorrang vor der Erhaltung von Tierarten genießt, und will sie daraus die Konsequenz ziehend alles unternehmen, um die für den Menschen gefährliche Seuche Tollwut bis zur Beseitigung zu bekämpfen, auch wenn das nach den heute vorliegenden Erkenntnissen nicht anders als durch Vergasung der Fuchsbauten möglich sein sollte?

36. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Trifft es zu, daß die geltenden Handelsklassenregelungen für Äpfel dazu geführt haben, daß immer mehr äußerlich herrliche, nach dem Nähr- und Wirkstoffgehalt aber wertlose bzw. minderwertige, Äpfel produziert und auf den Markt gebracht werden (vgl. Zeitschrift Essen und Trinken, Jahrgang 1976, Heft Februar, Seite 46), und wird sich die Bundesregierung für eine andere Handelsklassenregelung einsetzen, die dem Nähr- und Wirkstoffgehalt gegenüber dem Aussehen den Vorzug einräumt, und wie lange würde eine Umstellung des Markts auf eine Neuregelung voraussichtlich dauern?

37. Abgeordneter **Link** (CDU/CSU)

In welchem Umfang hat das Bundesernährungsministerium in den Jahren 1969 bis 1972 Forschungsaufträge vergeben, nach Sachgegenstand, Auftragssumme und Empfänger geordnet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

38. Abgeordneter **Dr. Vohrer** (FDP)

Beabsichtigt die Bundesregierung, dem europäischen Übereinkommen über den sozialen Schutz der Landwirte beizutreten, wie dies in der Empfehlung 776 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats bezüglich der Lage der Landjugend in Europa erneut gefordert wird, und wenn ja, welche Gründe hinderten sie bisher daran, die Konvention zu unterzeichnen?

39. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung und die Bundesanstalt für Arbeit angeordnet haben, die weitere Planung von allgemeinen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Sonderprogramm der Bundesregierung ab sofort einzustellen, sowie weitere Maßnahmen im Rahmen des Programms für jugendliche Arbeitslose nicht mehr vorzusehen, und worauf sind entsprechende Erlasse der Landesarbeitsämter vom April 1976 an die Arbeitsämter zurückzuführen?

40. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß für den Fall der Mittelknappheit Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in jedem Fall auch weiterhin in Gebieten mit besonders hohen Arbeitslosenquoten durchgeführt werden sollten, und ist die Bundesregierung bereit, zusammen mit der Bundesanstalt für Arbeit entsprechende Maßnahmen sicherzustellen?

41. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Wird die Bundesregierung, nachdem sie bereits des öfteren die Unterzeichnung des europäischen Übereinkommens über die „Au-pair"-Stellung angekündigt hat, dies in absehbarer Zeit vollziehen, und wird sie beschleunigt das Ratifikationsverfahren betreiben?

42. Abgeordneter **Sund** (SPD)

Wie haben sich in den vergangenen zehn Jahren die Einkommen der niedergelassenen Kassenzahnärzte nach Abzug der Praxiskosten, der Aufwendungen für die Altersvorsorge und die Krankenversicherung sowie der Steuern in Relation zu den Arbeitnehmereinkommen entwickelt?

43. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Wie hoch sind im Rechnungsjahr 1975 die Verwaltungskosten und sonstigen Aufwendungen bei der Krankenversicherung der Landwirte, der landwirtschaftlichen Unfallversicherung und der landwirtschaftlichen Altershilfe gewesen, und kann davon ausgegangen werden, daß die Leistungen einschließlich Verwaltungskosten durch Beiträge und Zuschüsse gedeckt waren?

44. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung die Benachteiligung von Waisen bei der Angestellten- und Arbeiterrentenversicherung zu beseitigen, wenn diese das 18. Lebensjahr vollendet, auf Grund der wirtschaftlichen Lage keine Lehrstelle erhalten und somit auch keine Waisenrente mehr beziehen können?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

45. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Trifft der Bericht eines Wochenmagazins zu, wonach Schüler in einem Schießkino der Schlieffenkaserne in Lüneburg mit scharfer Munition auf „Lebende Bilder" von Menschen schießen durften, und was wird die Bundesregierung tun, um solche Kriegsspiele mit Schülern in Zukunft zu verhüten?

46. Abgeordneter **Dr. Häfele** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, aus Gründen der Sparsamkeit der öffentlichen Haushalte auf den Neubau eines Kreiswehrersatzamts in Karlsruhe zu verzichten und stattdessen das bald freiwerdende Verwaltungsgebäude des Badischen Gemeindeversicherungsverbands in Karlsruhe zu übernehmen?

47. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Entsprechen die in der Genfer Zeitung 24 Heures veröffentlichten Aussagen des Schweizer Obersten Arthur Moll den Tatsachen, daß sowjetische Spionageflugzeuge vom Typ MiG 25 die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz, Frankreich, Großbritannien und Skandinavien in großer Höhe überfliegen und gegen sie Abwehrmaßnahmen nicht möglich sind, und welche Konsequenzen will bejahendenfalls die Bundesregierung aus dieser Verletzung des Luftraums ziehen?

48. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung nach dem Vorliegen der Ergebnisse und des Beschlusses der „gemeinsamen Kommission für Lärmschutz und Maßnahmen aus Gründen der Flugsicherheit", über die Flugplatzrandgemeinden Eckweiler und Pferdsfeld weiter vorzugehen, und insbesondere die Frage zu beantworten, ob man die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen eines Gesetzes oder einer Verordnung durchführt?

49. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung die vorliegende Zusage der Staatssekretäre Fingerhut und Schmidt erklären, wonach die betroffenen Bürger bis 1. Oktober 1976 Bescheid wissen, wenn unter „Bescheid wissen" nicht nur zu verstehen ist, daß umgesiedelt wird, sondern den betroffenen Bürgern auch bekannt ist, unter welchen finanziellen Bedingungen eine Umsiedlung erfolgt?

50. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Kann nunmehr verbindlich davon ausgegangen werden, daß zum 1. August 1976 beim Marinearsenal Wilhelmshaven statt bisher 70 jetzt 132 Auszubildende angenommen werden können, wie dieses anläßlich eines offiziellen Truppenbesuchs durch Beamte des Bundesverteidigungsministeriums am 4. März 1976 in Aussicht gestellt worden ist?

51. Abgeordneter **Nordlohne** (CDU/CSU)

Wieweit sind die Verhandlungen des Bundesverteidigungsministeriums mit dem Bundesfinanzministerium bezüglich des Vorziehens der Neubauplanung für das Unteroffiziersheim des Jagdgeschwaders 71 „Richthofen" in Wittmund gediehen, nachdem am 27. März 1976 das bisherige Unteroffiziersheim durch einen Brand völlig vernichtet wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

52. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Deutsche Jugendherbergswerk die internationale Jugendbildungsstätte in Dahlem-Baasem für 500 000 DM erworben hat, und hat bereits eine Eigentumsübertragung stattgefunden?

53. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie bewertet die Bundesregierung die Tatsache, daß für die Errichtung der internationalen Jugendbildungsstätte Dahlem-Baasem ca. 4 Millionen DM an Steuergeldern ausgegeben worden sind, und nunmehr durch die Nichtfertigstellung während der vergangenen zwei Jahre nach Aussage des Beauftragten der Gemeinde Schmidtheim weitere 2 Millionen DM aufgewendet werden müssen, um diese Jugendbildungsstätte überhaupt in Betrieb nehmen zu können?

54. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Institution, welche Behörden oder welche Personen tragen die Verantwortung dafür, daß die internationale Jugendbildungsstätte in Dahlem-Baasem nicht rechtzeitig in Betrieb genommen werden konnte?

55. Abgeordneter **Egert** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß kommerziell orientierte Kurkliniken zunehmend Kuren zur Therapie von Alkoholikern anbieten, und wenn ja, wie beurteilt sie diese Entwicklung unter den Gesichtspunkten der Bedarfsgerechtigkeit und des Vorhandenseins von notwendigem Fachpersonal, und welche Folgerungen wird sie daraus ziehen?

56. Abgeordnete **Frau Schleicher** (CDU/CSU)

Welche gesicherten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Schädlichkeit der zahlreichen Rauchinhaltsstoffe, über praktikable Methoden zur Feststellung und zur laufenden Kontrolle der schädlichen Bestandteile vor, und für welche praktischen Maßnahmen zur Eindämmung der durch das Rauchen verursachten gesundheitlichen Schäden sind die vorliegenden und zu erlangenden Erkenntnisse nutzbar zu machen?

57. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, gegen die Propagierung von Arzneimitteln in Zeitschriften, die dem Arzneimittelmißbrauch doch ganz offensichtlich Vorschub leisten, — wie z. B. durch den Tip in einer renomierten bundesdeutschen Fernsehzeitschrift, die Schlaflosigkeit schon am Tage durch die Einnahme von sogenannten Tranquilizer zu bekämpfen — Maßnahmen zu ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

58. Abgeordneter **Dr. Waffenschmidt** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Bundesbahnstrecke Köln—Dieringhausen, Gummersbach—Wuppertal im Hinblick auf die weitere Entwicklung des bergischen und oberbergischen Landes, insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeiten zur Stärkung der Wirtschaftskraft und Sicherung der Arbeitsplätze in diesem Raum?

59. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß nach der Stillegung des Stückgutversands bei Zuchtschweinen und der Verteuerung des vier- bis fünffachen bei Expressgutversand ein Weg gefunden wird, den Versand von Zuchtschweinen über die Deutsche Bundesbahn einigermaßen kostengünstig zu ermöglichen?

60. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Feststellung, „Für Fußgänger ist die Farbfolge Grün - Rot - Grün. Wechselt Grün auf Rot, während Fußgänger die Fahrbahn überschreiten, so haben sie ihren Weg zügig fortzusetzen. — Dieses Fortsetzen ist gesetzlich angeordnete Sünde wider das Rot! Es ist psychologisch falsch und völlig unpädagogisch, das gleiche Zeichen für zwei gänzlich verschiedene Verhaltensweisen zu verwenden", wie sie kürzlich auf einer Arbeitstagung der Gesellschaft für Ursachenforschung bei Verkehrsunfällen e. V. getroffen wurde?

61. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Gibt die Schätzung, daß durch diese Lichterfolge jährlich ca. 600 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland zu Tode kommen, Veranlassung, künftig eine Gelbphase bei Signalanlagen einzuführen?

62. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Welche Gründe sieht die Bundesregierung für die Stillegung der Bundesbahnstrecke Dillenburg—Dietzhölztal—Ewersbach, und wie ist der augenblickliche Sachstand?

63. Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Schreiben der Gemeinde Eschenburg vom 7. April 1976 an den Bundesverkehrsminister gerichteten Überlegungen hinsichtlich einer Ortsumgehung der B 263 im Verlauf der Ortslage Eibelshausen?

64. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Wasser- und Schiffahrtsamt Regensburg aufgelöst werden soll und gegebenenfalls warum?

65. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

War es erforderlich, daß auf der Eisenbahnstrecke Nabburg—Schönsee im Jahr 1975 im Bereich der Gemeinde Altendorf an drei Bahnübergängen Blinklichtanlagen mit Halbschranken errichtet wurden, nachdem ab 30. Mai 1976 der Personenverkehr auf dieser Strecke durch Omnibusverkehre ersetzt wird, und kann deshalb die Gemeinde mit der Rückerstattung der bereits geleisteten Anteilsbeträge rechnen?

66. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Wie ist der Stand der Planung der Neckar—Odenwald-Autobahn im Bereich des Landes Baden-Württemberg, und bis zu welchem Zeitpunkt kann mit dem Bau dieser Autobahn gerechnet werden?

67. Abgeordneter **Baier** (CDU/CSU)

Ist sichergestellt, daß die Trassenführung dieser geplanten Autobahn bei anderen Verkehrs- und Infrastrukturplanungen in diesem Raum bereits jetzt mit berücksichtigt wird?

68. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die Sicherheit der Fußgänger in der Ortslage Kleinmaischeid im Zuge der B 413 zu gewährleisten, nachdem dort schon mehrere schwere Unfälle geschehen sind?

69. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Welche Vorsorge hat die Bundesregierung bisher getroffen, um zu verhindern, daß Bundesautobahnparkplätze und Parkplätze vor Raststätten zu Ersatzcampingplätzen für Wohnwagengespanne werden, weil es den Besitzern dieser Gespanne u. U. nicht möglich ist, ohne Schwierigkeiten festzustellen, ob sich in der Nähe einer Bundesautobahnabfahrt ein ordnungsgemäßer Campingplatz befindet?

70. Abgeordneter **Breidbach** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung gegebenenfalls bereit, vor allen infragekommenden Bundesautobahnabfahrten Hinweisschilder einzuführen, die den reisenden Camper auf eine Übernachtungs- bzw. Ruhemöglichkeit in der Nähe der Bundesautobahn aufmerksam machen?

71. Abgeordneter **Dr. Abelein** (CDU/CSU)

Welcher Zweck wird nach Kenntnis und Beurteilung der Bundesregierung mit dem Ausbau der Bahnhofsanlage von Wartha/Werra verfolgt?

72. Abgeordneter **Pieroth** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß für die Ausbildungsstätte der Deutschen Bundespost in Bad Kreuznach für den regulären Einstellungstermin 1. August 1976 keine Auszubildenden neu eingestellt werden, und wenn ja, inwieweit hält die Bundesregierung dieses mit ihrem Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit insbesondere unter der regionalen Bewertung der derzeit schwierigen Ausbildungssituation für vereinbar, wenn der Effekt der Zusatzeinstellungen zum 1. April 1976 damit wieder aufgehoben wird?

73. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist es richtig, daß die Deutsche Bundespost für die Lehrwerkstätte in der Piusstraße 16 in München zur Zeit eine Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellen läßt mit dem Ziel, die Lehrwerkstätte zu schließen?

74. Abgeordneter **Schmidt (München)** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um eine solche Entscheidung, von der neben 120 Lehrlingen der Deutschen Bundespost auch über 200 Umschüler des Arbeitsamts und Fachoberschüler betroffen wären, zu verhindern?

75. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Warum werden in zunehmendem Maße bei postalischen Anschriften alte Ortsnamen in Verbindung mit der jeweiligen Gemeinde oder Stadt nicht mehr benutzt und durch Nummern des Zustellungspostamts hinter dem Namen der jeweiligen Gemeinde oder Stadt ersetzt, oder ist es möglich, daß die vielen alten Bezeichnungen von Ortsnamen im Rahmen der Gemeindereform beibehalten werden und nicht durch nichtssagende postalische Namen ihrer traditionellen Bedeutung enthoben werden?

76. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wieviel Ausbildungsplätze der Deutschen Bundespost in den Oberpostdirektionen Bremen und Hannover sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht belegt bzw. werden nach den Planungen der Deutschen Bundespost Anfang 1977 nicht belegt sein?

77. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Ist der Bundesregierung die Entscheidung der Deutschen Bundespost bei der Gewährung von Dienstbefreiung zum Zweck kommunalpolitischer Arbeit bekannt, nach der die Gewährung von Dienstbefreiung für kommunalpolitische Tätigkeiten grundsätzlich durch Einsatz von Vertretern auszugleichen ist und die Erledigung dienstlicher Aufgaben neben der kommunalpolitischen Arbeit gegebenenfalls unter Anordnung bzw. Anerkennung von Überzeitarbeit zugemutet werden muß, und was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, damit die Angehörigen der Deutschen Bundespost in Ausübung ihrer politischen Mandate im kommunalen Bereich nicht benachteiligt werden?

78. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, darauf hinzuwirken, daß im Zuge der Schaffung von Nahverkehrsbereichen im Fernsprechnetz die Verbandsgemeinde Puderbach in den Nahbereich Neuwied einbezogen wird?

79. Abgeordneter **Dr. Schmitt-Vockenhausen** (SPD)

Was kann die Bundesregierung tun, um die Empfangsmöglichkeiten für die Deutsche Welle in El Paso zu verbessern, um damit auch die Verbindung von zahlreichen Angehörigen der Bundeswehr und ihren Familien mit der Heimat zu erleichtern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

80. Abgeordneter **Engelsberger** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann habe anläßlich des 20. Jahrestags der Nationalen Volksarmee einerseits der Auffassung widersprochen, „daß der atomare Raketenkrieg nicht mehr die Fortsetzung der Politik des Klassenkampfes darstelle" und andererseits den Standpunkt vertreten, daß sozialistische Revolution ohne Blutvergießen und ohne Kanonen nach dem bisherigen Verlauf der Geschichte nicht erfolgreich sein könne, und stehen solche Äußerungen, die zweifelsohne gegen die nichtkommunistischen Staaten gerichtet sind, nicht in schroffem Gegensatz zu der auch immer wieder seitens der Bundesregierung der DDR gegenüber bescheinigten Entspannungsbereitschaft?

81. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Wann ist mit dem Ergebnis der wissenschaftlichen Begutachtung der dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen bereits seit dem 25. März 1975 vorliegenden Dokumentation „Zur Geschichte der politischen Verfolgung in Mitteldeutschland" zu rechnen?

82. Abgeordneter **Windelen** (CDU/CSU)

Durch wen erfolgt die wissenschaftliche Begutachtung?

83. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Zu welchen Einzelpunkten, in denen die Vereinbarungen des 3. Korbes der KSZE-Schlußakte von Helsinki über die Vereinbarungen im Zusammenhang mit dem innerdeutschen Grundvertrag hinaus Verbesserungen und menschliche Erleichterungen vorsehen, hat die Bundesregierung mit der Regierung der DDR bisher Gespräche oder Verhandlungen aufgenommen, und zu welchen dieser Punkte gibt es bereits konkrete Vereinbarungen zur Verwirklichung der KSZE-Vereinbarungen?

84. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die bis zu drei und vier Stunden langen Wartezeiten beim Zonengrenzübergang Herleshausen/Hessen im Rahmen des Osterverkehrs zum Anlaß nehmen, erneut bei den Behörden der DDR mit dem Ziel vorstellig zu werden, an der hessisch/thüringischen Zonengrenze weitere Übergänge zu öffnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

85. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um Garching als Standort des gewählten europäischen Forschungszentrums für Kernfusionsexperimente in der Europäischen Gemeinschaft durchzusetzen?

86. Abgeordneter **Dr. Stavenhagen** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen, daß im Ministerrat der EG eine Entscheidung zugunsten Garchings gefällt wird?

87. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die Mitarbeiter der Forschungsgruppe Limas, finanziert vom Bundesministerium für Forschung und Technologie, über die Fraunhofer-Gesellschaft derzeit in Arbeitsgerichtsverfahren klären lassen müssen, ob der Empfänger der Mittelzuwendungen, die Fraunhofer-Gesellschaft München, im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen Arbeitgeber ist, nachdem sich sowohl der bisherige Forschungsleiter, Herr Dr. Hoppe, wie auch die Fraunhofer-Gesellschaft in München dahin gehend erklärt haben, daß beide sich nicht als Arbeitgeber sehen und auch Herr Dr. Hoppe nicht als Vertreter der Fraunhofer-Gesellschaft Arbeitgeberfunktionen für diese ausgeübt hat?

88. Abgeordneter **Dr. Franz** (CDU/CSU)

Sieht sich das Bundesministerium für Forschung und Technologie außer Stande, darauf hinzuwirken, daß zumindest Arbeitnehmer von Forschungseinrichtungen, wenn schon keine materielle Sicherheit, so doch wenigstens eine rechtliche Gewissheit darüber erhalten, wer überhaupt ihr Vertragspartner ist, nachdem die Verneinung der Arbeitgebereigenschaft sowohl durch die Fraunhofer-Gesellschaft wie durch Herrn Dr. Hoppe zu dem grotesken Ergebnis geführt hat, daß sich sogar vor dem Arbeitsgericht Bonn die Fraunhofer-Gesellschaft nicht hat vertreten lassen, so daß in einem Versäumnisverfahren in einem Fall die Feststellung der Arbeitgeberschaft der Fraunhofer-Gesellschaft erfolgt ist mit gleichzeitiger Verurteilung der Fraunhofer-Gesellschaft zu Zahlungen an den betreffenden Mitarbeiter?

89. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Koordinierungsstelle für Hochenergiephysik, die ihren Sitz beim Deutschen Elektronen Synchroton (DESY) in Hamburg hat, auf Anweisung des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die angeschlossenen Institute Ende des vergangenen Jahres aufforderte, Personaleinsparungen in Höhe der zu erwartenden Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst für das Jahr 1976 vorzunehmen, alle freien und durch auslaufende Verträge freiwerdenden Stellen zu sperren und Neubesetzungen nur mit Zustimmung der Koordinierungsstelle vorzunehmen und darüber hinaus eventuell über den erwarteten Steigerungen liegende Tariferhöhungen durch zusätzliche Kündigungen erwirtschaftet werden müssen, und trifft diese Aufforderung, höhere als zunächst in den Etatansätzen vorgesehene Tariferhöhungen durch Kündigungen zu erwirtschaften, für den gesamten öffentlichen Dienst zu oder nur für bestimmte Forschungsbereiche der Grundlagenkernphysik verschiedener Universitäts- oder Technischer Hochschul-Institute?

90. Abgeordnete **Frau Dr. Walz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die auf Grund der notwendig werdenden Personaleinsparungen möglichen Folgen für die deutsche Grundlagenkernphysik und insbesondere die Hochenergiephysik, und wie will die Bundesregierung unter diesen Umständen die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den betroffenen Instituten für die Großprojekte bei DESY, insbesondere am neuen 300-GeV-Beschleuniger beim CERN in Genf, mittel- und langfristig sichern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

91. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, angesichts der grundsätzlichen Bereitschaft vieler Unternehmer, über den normalen Umfang hinaus Auszubildende einzustellen, in einem zusätzlichen Sonderprogramm kurzfristig Mittel zur Verfügung zu stellen, die unmittelbar den Betrieben für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zugutekommen?

92. Abgeordneter **Schedl** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ergebnisse der jüngsten ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbands Deutscher Studentenschaften (VDS), und sieht sie sich auf Grund der Ergebnisse dieser Mitgliederversammlung veranlaßt, ihre bisherige ablehnende Haltung bezüglich der finanziellen Unterstützung des VDS zu überprüfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

93. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

In welchem Umfang fördert die Bundesregierung den Bau von Luftschiffen, und welche Gutachten liegen über Sinn und Nutzen der Luftschiffe vor, und welche Aufgaben hat hier insbesondere das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit zu erfüllen?

94. Abgeordneter **Pfeffermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß an eine deutsche Luftschiff-Firma 2,5 Millionen DM vorerst gezahlt werden sollen für die Erprobung von Luftschiffen und daß diese Firma die Erprobung in Afrika selbst durchführt und im Anschluß daran einen Betrag von 22,5 Millionen DM für den Bau von Luftschiffen erhalten soll, und welche Gründe sind für diese Entscheidung maßgebend?

95. Abgeordneter **Dr. Köhler (Wolfsburg)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit der Sternwarte in Bochum einen Betrag von 100 000 DM für die Datensammlung über Wasservorräte in überseeischen Trockengebieten zur Verfügung stellt, wie aus Pressemeldungen hervorgeht, und womit begründet gegebenenfalls die Bundesregierung die entwicklungspolitische und wissenschaftliche Relevanz dieser Maßnahme vor dem Hintergrund der lautgewordenen fachlichen Kritik an der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bochumer Sternwarte?

96. Abgeordneter **Zebisch** (SPD)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, ähnlich wie im Fall Berlins, bei dem Abschluß künftiger Kapitalhilfeabkommen einen Artikel zu verankern, der festhält, daß die Bundesregierung besonderen Wert darauf legt, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie aus dem Zonenrand- und Grenzgebiet bevorzugt berücksichtigt werden?

Bonn, den 30. April 1976